



Antifaschistische Bochumer Blätter

Nr. 2/2014

Information der VVN - Bund der AntifaschistInnen

Sonntag 14. September:

Gedenktag Opfer des Faschismus

Auch in diesem Jahr ruft die VVN - BdA auf, der ermordeten Widerstandskämpfer gegen den Faschismus und Krieg zu gedenken.

Die Kranzniederlegung und Gedenkveranstaltung findet am zweiten Sonntag im September statt, dem traditionellen Gedenktag für die Opfer des Faschismus, der 1946 von Überlebenden der Konzentrationslager und Haftstätten ins Leben gerufen wurde. Auf dem Ehrenrundplatz, dem Gedenkort, sind die Urnen von 8 Widerstandskämpfern gegen das Nazi-Regime bestattet, die in den

Jahren 1943 bis 1945 hingerichtet wurden oder im KZ umkamen.

Die Gedenkveranstaltung findet statt am **Sonntag, den 14. September, Treffpunkt 11.00 Uhr, Haupteingang Friedhof Freigrafendamm**. Es spricht: Joachim Schramm, Vorsitzender der DFG/VK in NRW, Gesang vom Bochumer Chor der IG Metall Chorrosion.

Gedenken

Kriegsgefangene des 1. Weltkrieges:

Gräber mit Blumen geschmückt

Die VVN - BdA hat am 2. August, dem 100. Jahrestag der deutschen Mobilmachung, Gräber von Kriegsgefangenen des 1. Weltkrieges mit Blumen geschmückt und an den 3 Denkmälern auf Wattenscheider Friedhöfen Blumenschalen aufgestellt.

Die Gräber der dort bestatteten 66 russischen Kriegsgefangenen und 2 serbischen Kriegsgefangenen wurden mit roten Rosen geschmückt. Eine aktuelle Forderung enthielten

die blauen Schleifen der Blumengebilde: „Beendet die Kriege“. Weitere Artikel und Informationen zum Thema 1. Weltkrieg im Innern dieser Zeitung (Seite 3-7).



Rechtsparteien:

Wahlerfolge in Europa, NRW und Bochum

Bei den Europa-, vor allem aber bei den Kommunalwahlen am 25. Mai konnten die Parteien der extremen Rechten und die nationalistische und rassistische AfD große Stimmengewinne verbuchen. In NRW verfügen die Parteien der extremen Rechten (NPD, pro NRW, Republikaner, Die Rechte) insgesamt über 100 Kommunalmandate. Die AfD konnte sogar 191 Mandate erreichen.

Fortsetzung auf S. 9

Burschenschaften:

SPD grenzt sich ab

Nach jahrelanger innerparteilicher Debatte hat der SPD-Parteivorstand jetzt beschlossen, keine Burschenschaftler in ihren Reihen zu dulden. Die Mitgliedschaft in der SPD und in der Deutschen Burschenschaft sind für unvereinbar erklärt worden.

Neofaschismus:

5.000 Straftaten

Neofaschisten haben in der Bundesrepublik im ersten Halbjahr mehr als 5.000 Straftaten verübt.

Das berichtete der Tagesspiegel kürzlich unter Berufung auf eine Antwort des Innenministeriums.

Demnach zählte die Polizei von Januar bis Juni bundesweit 5.239 rechte Delikte, darunter 241 Gewalttaten. 216 Menschen seien verletzt worden.

Die Behörden registrierten zudem einen Anstieg von Neonaziaufmärschen. Demnach gab es im vergangenen Jahr 186 Aufmärsche mit rund 23.000 Teilnehmern. 2014 seien bereits 109 Aufmärsche gezählt worden.

vvn-bda-bochum.de

Der Bundeskongress 2014 der VVN - BdA tagte in Frankfurt am Main

Auf dem 5. Bundeskongress der VVN - BdA, der vom 30.5. bis 1.6. mit über 200 TeilnehmerInnen im traditionsreichen Haus Gallus, in dem ab April 1964 der erste Auschwitzprozess stattfand, tagte, wurde für BeobachterInnen erkennbar:

Diese Vereinigung erfindet sich neu, ohne das Vermächtnis ihrer GründerInnen zu vernachlässigen.

Kaum eine Delegierte oder ein Delegierter ist noch im Krieg geboren worden. Nur sechs hatten Emigration und Verfolgung vor 1945 zu erleiden. Doch die Verfolgten brauchen weiterhin die VVN - BdA als ihre Fürsprecherin. Zu den Verfolgten zählen die 2. und 3. Generation der Hinterbliebenen und die niemals entschädigten ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen. In NRW nennt sich die entsprechende Gruppe der zweiten und dritten Generation innerhalb der VVN - BdA „Kinder des Widerstandes“.

Vor den 158 DelegiertInnen (davon 2 aus Bochum) der mit rund 6.300 Mitgliedern traditionsreichen ältesten antifaschistischen Organisation, verurteilte die fast einstimmig wiedergewählte Bundesvorsitzende Cornelia Kerth die Rolle der führenden BundespolitikerInnen in der gegenwärtigen gefährlichen Krise. „Diese PolitikerInnen, wie auch führende Medien, verleumdete all jene, die aus der Geschichte des deutschen Militarismus, aus Vernichtungskrieg und Holocaust den Schluss gezogen haben, dass die Verantwortung Deutschlands aus seiner Geschichte nur Zurückhaltung sein kann, ganz besonders militärische.“

„Es trifft sich gut, dass die VVN - BdA keine nationale Herkunftsbezeichnung hat. Angesichts der heutigen ernstesten Lage, muss die Vereinigung immer internationaler und immer mehr zum Bund der AntifaschistInnen wie auch der AntimilitaristInnen werden. Sie muss sich immer mehr mit ihren Partnern im EU-Bereich verbünden, die nach der EU-Wahl wie wir ziemlich fassungslos auf das Ergebnis blicken“, lautete die Einschätzung von Uli Sander.

Der Kongress bekräftigte die Notwendigkeit des Zusammengehens und verstärkter Aktivitäten mit der Friedensbewegung, den Gewerkschaften und den antirassistischen / antifaschistischen Bewegungen.

Nach dem Erfolg der VVN - BdA mit ihrer Kampagne „nonpd“, die am Zustandekommen der Bundesratsinitiative für ein NPD-Verbot mit beigetragen hat, steht die Aufklärungsarbeit über den Rechtspopulismus mit seinen antidemokratischen und fremdenfeindlichen Positionen ebenso auf der Agenda wie eine breite antifaschistische Bildungsarbeit.

VVN - BdA, verabschiedet und gleichzeitig zum Ehrenvorsitzenden bestimmt. Die DelegiertInnen erhoben sich dabei von ihren Plätzen. Mit Esther Bejarano und Heinrich Fink gibt es nun zwei Persönlichkeiten in dieser Ehrenfunktion.

In großer Einmütigkeit wählte der Bundeskongress am 1. Juni 2014 den neuen BundessprecherInnenkreis. Ne-



Der neu gewählte BundessprecherInnenkreis (von links nach rechts): Dr. Ulrich Schneider, Conny Kerth, Dr. Regina Girod, Regina Elsner, Dr. Axel Holz, Uli Sander

Mit der neu konzipierten Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ informiert die VVN - BdA über Ideologie und Praxis des Neofaschismus in Deutschland und benennt Ursachen für die Ausbreitung rassistischen, nationalistischen, rechtspopulistischen und militaristischen Denkens und Handelns. Die Ausstellung wurde im traditionsreichen Haus Gallus zum ersten Mal gezeigt.

Mit starkem Beifall und bewegenden Gesten wurde Prof. Heinrich Fink, der langjährige Bundesvorsitzende der

ben Cornelia Kerth aus Hamburg wurde Dr. Axel Holz aus Schwerin (neu) zu Bundesvorsitzenden gewählt.

Zur Bundesschatzmeisterin wählten die DelegiertInnen Regina Elsner aus Hoyerswerda. Außerdem wurden in den BundessprecherInnenkreis gewählt: Dr. Regina Girod aus Berlin. Sie ist die Chefredakteurin der „antifa“, Dr. Ulrich Schneider aus Kassel. Ulrich Schneider ist der Generalsekretär der FIR und Uli Sander, das VVN-Urgestein aus Dortmund.

Siegfried Evers

Impressum

Herausgeberin: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum. **V.i.S.d.P.:** Günter Gleising, 44866 Bochum. **Druck:** Copypoint Bochum. **Satz:** Anke.Pfromm@ruhrecho.de. **Auflage:** 1.000. Sparkasse Bochum, IBAN: DE21 4305 0001 0046 3097 46, BIC: WELADED1BOC. **Internet:** www.vvn-bda-bochum.de. **eMail:** info@vvn-bda-bochum.de. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Der Erste Weltkrieg:

Urkatastrophe oder Imperialistischer Krieg?

Anmerkungen aus lokaler Sicht zu einem Historikerstreit und einer aktuellen politischen Debatte

Am 28. Juli erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg und beginnt einen „regionalen Konflikt“. 4 Tage später fängt das Deutsche Reich den bald weltumspannenden Krieg mit Frankreich und Russland an. Am 4. August beginnt die deutsche Heeresleitung mit dem Überfall auf das neutrale Belgien den Westfeldzug gegen Frankreich.

Der Erste Weltkrieg (1914–1918) war der erste industriell geführte Massenkrieg in der Geschichte der Menschheit. Niemals zuvor kämpften Armeen in solch gigantischen Größenordnungen gegeneinander. Am Ende befanden sich drei Viertel der Weltbevölkerung, im Kriegszustand – mehr als 10 Millionen Soldaten und mindestens 6 Millionen Zivilisten Menschen starben.

I. Zur heutigen Aktualität

Die Geschichte, Ursachen, Folgen und das Gedenken an die Opfer des 1. Weltkrieges nimmt in den Medien und der öffentlichen Diskussion einen hohen Stellenwert ein. Dies völlig zurecht, wird auch nach 100 Jahren deutlich, wieviel über diesen Krieg gerade in Deutschland verdrängt wurde oder „deutschnational“ und zur Rechtfertigung des Militarismus gedeutet wurde.

Deutlich wird z. B., dass ganze Themenbereiche der Zeit von 1914–1918 wie etwa die Zwangsarbeit oder der Umgang mit den Kriegsgefangenen, die Rolle der Rüstungskonzerne, die Streiks und Antikriegsdemonstrationen weitgehend kaum noch historisch erforscht werden. Die zutreffende Einschätzung Karl Liebknechts in seiner Rede am 11. Mai 1914 im Reichstag in Berlin, „daß die auswärtige Politik“ in der Epoche vor dem 1. Weltkrieg „schon längst nicht mehr in den Auswärtigen Ämtern gemacht wird, sondern in den Fabrik- und Bankkontoren und daß ihre Mittel weit weniger diplomatische Noten als andere Noten sind“, wurde eine Grundlage weit über die marxistische Betrachtungsweise des 1. Weltkrieges hinaus. Aus dieser Sicht war es das Bestreben des deutschen Kaiserreiches, in Konkurrenz zu den anderen Großmächten eine Dominanz in der „Weltpolitik“ anzustreben, neue Absatzgebiete zu erobern, weitere Kolonien zu erobern, den Import und die Ausfuhr von Gütern zu sichern und die

Vormacht in Europa zu erreichen. Die Bücher des bürgerlichen Historikers Fritz Fischer „Griff nach der Weltmacht“ (1961) und „Krieg der Illusionen“ (1969) bestätigen in der jungen Bundesrepublik diese Thesen. Der US-amerikanische Professor für Geschichte, David Fromkin, schreibt 2005 in seinem Buch „Europas letzter Sommer“, dass der Krieg sich um die von Deutschland aufgeworfene „wichtigste Frage der Politik“ drehte, „wer soll die Welt beherrschen?“. Der Weltkrieg 1914–1918 war der erste gescheiterte Versuch des aggressiven deutschen Imperialismus zur Neuaufteilung der Welt.



Geschichtsfälschung in Stein: Das Löwendenkmal mit der Inschrift: „Der Überzahl erlegen – Im Geiste unbesiegt“

Schon 1919 wurde mit der „Dolchstoßlegende“ ein Mythos aufgebaut, der das Militär von jeglicher Verantwortung für den Krieg und die Niederlage freisprach und die Gründung der Reichswehr 1921 möglich machte. Die Kriegsziele des 1. Weltkrieges wurden zur Kopie für den vom deutschen Faschismus angestrebten und 1939 begonnenen 2. Weltkrieg. Wieder waren es Krupp und andere, die sich mit der Rüstungsproduktion

in den Dienst dieser Ziele stellten. Das Ergebnis dieser Politik ist bekannt. Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland von Krieg und Faschismus von den Alliierten befreit.

Über die Remilitarisierung und den Kalten Krieg führte die Entwicklung zum Ende des Jahrhunderts in die deutsche Beteiligung an dem Nato-Krieg gegen Jugoslawien und die heutigen Einsätze der Bundeswehr in zahlreichen Ländern der Welt.

Aktuell sind viele Bestrebungen deutlich, mit der Charakterisierung des 1. Weltkrieges als „Urkatastrophe“ die deutsche Kriegsschuld zu verharmlosen und damit auch eine der Quellen für den Faschismus in Deutschland zu relativieren. Der Begriff Urkatastrophe geht auf den US-amerikanischen Historiker und Diplomaten des Kalten Krieges George F. Kennan zurück, der den 1. Weltkrieg 1979 als „the great seminal catastrophe of this century“ charakterisiert hatte.

Deutschlands Hauptkriegsschuld soll auch mit der Wiederbelebung einer weiteren These negiert werden: Alle europäischen Regierungen sind, quasi wie Schlafwandler, in den 1. Weltkrieg hinein geschlittert. Diese These vertritt der australisch/britische Historiker Christopher Clark mit seinem gleichnamigen Buch. Christopher Clark nimmt in dem zur „wichtigsten Neuerscheinung des Jahres 2014“ hochstilisierten Buch die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges von Neuem unter die Lupe, indem er nach dem „wie“ und nicht so sehr nach dem „warum“ fragt. Dazu passt ein weiterer Bestseller, nämlich Florian Illies Buch „1913“ über den Sommer des Jahrhunderts. Hier werden Anekdoten und Nonsense von Prominenten geschildert und aneinandergereiht, die ein völlig verzerrtes Bild vom friedlichen Vorkriegsjahr zeichnen. Seit Jahren gibt es auch die These vom „zweiten Dreißigjährigen Krieg – 1914–1945“.

Geschichte

Der Historiker Hans-Ulrich Wehler schrieb im Spiegel-Spezial über den 1. Weltkrieg: Unstreitig ist, dass „der Verlauf und der Ausgang des ersten totalen Krieges den zweiten in hohem Maße vorgeprägt haben. Es ist dieser Zusammenhang, der die innere Einheit des zweiten Dreißigjährigen Krieges konstituiert“. Eine historische Deutung, die den Ersten Weltkrieg als gleichsam „verhängnisvollen“ Ausgangspunkt eines neuen „Dreißigjährigen Krieges“ begreift, schreibt die spezifisch deutsche Unfähigkeit großer Teile der Gesellschaft fort, das Kriegsende von 1918/19 zu akzeptieren. Zahlreiche deutsche und internationale Historiker machen schließlich aus dem gesamten 20sten Jahrhundert das „Zeitalter der Weltkriege“ und des Totalitarismus. Hier schließt sich der Kreis, Deutschlands neue politische und militärische Stärke wird begrüßt und von geschichtlichen Ballast befreit. Deutschland soll in ein noch zu schreibendes „gesamteuropäisches Geschichtsbild“ aufgenommen werden.

Im Folgenden eine Darstellung zu historischen Aspekten und Darstellung zu Themen des 1. Weltkrieges, erläutert auch mit vielen Ereignissen, die bisher kaum oder nicht mehr beachtet werden.

II. Die Dividenden stiegen, die Soldaten fielen – Rüstungskonzerne liefern Waffen für den Krieg

Der bekannte „preußische Militarismus“ hatte in Deutschland die gesellschaftlichen Lebensbereiche durchdrungen, auch die Wirtschaft. Als noch allgemein von „Friedensproduktion“ gesprochen wurde, gab es schon einen großen militär-industriellen Komplex, vor allem innerhalb der Schwerindustrie im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet. Absoluter größter Rüstungskonzern vor und im 1. Weltkrieg war der Krupp-Konzern in Essen. Krupp war eine Art „geheiligte Institution“ mit Verbindungsleuten in Regierungsstellen und Ministerien, mit einer weitverzweigten Lobby und Korruption. Der Essener Konzern mit fast 100.000 Belegschaftsmitgliedern und Werken in Essen und dem übrigen Deutschland war „die Waffenschmiede des Reiches“, die der Kaiser oft in eigener Person inspizierte.

„Seine Majestät“ und Konzernchef Gustav Krupp von Bohlen und Halbach verband seit Jahren eine innige politische und geschäftliche Freundschaft. Im Reich wurde kolportiert, „Krupp habe das größte Vermögen, die höchste Dividende, den bedeutendsten Konzern, die gefährlichste Kanone“.



Propaganda mit Krupps Dicker Bertha

Völlig unpatriotisch machte Krupp seit der Jahrhundertwende mit 52 ausländischen Regierungen Geschäfte. Ein Großteil davon waren Rüstungsgeschäfte. So kassierte der Konzern für die neuartigen schalenharten Panzerplatten, die für die deutsche Marine gefertigt wurden, auch noch 45 Dollar Lizenzgebühren für deren Fertigung im Ausland zur Ausrüstung der Flotten Englands, Frankreichs, Japans und der USA. Krupp lieferte Kanonen und Geschosse in eine große Anzahl von Ländern und profitierte von den zahlreichen regionalen Konflikten vor dem großen Krieg, aber noch mehr während des 1. Weltkrieges.

1914, mit dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie, stellte sich die Wirtschaft, vor allem die Schwerindustrie komplett auf Kriegswirtschaft um. „Hinter der Mauer der kämpfenden Heere“ nahm die Wirtschaft wieder einen geregelten Gang. „Sie belebte sich sogar zusehends und weithin bezeichnete man die Hochspannung aller Kräfte geradezu als ‘Kriegskonjunktur’“, so der Wirtschaftshistoriker Walter Däbritz in einer Chronik über den Bochumer Verein. Die Produktion des Bochumer Vereins erfolgte jetzt fast ausschließlich für den Inlandsmarkt. Sie

war „mehr und mehr auf Kriegsmaterial“ ausgerichtet. Zu den kriegswichtigen Bereichen Erzeugung von Eisenbahn- und Feldmaterial kamen schon bald die Herstellung von Kanonen- und Flugzeugteilen. Auch die Produktion von Schmiede- und Stahlgussstücken nahm den „Charakter von Kriegslieferungen“ an. Später

kam zur Herstellung von Geschützrohren auch die Produktion von Artilleriegeschützen hinzu.

Auch die Umstellung des Ruhrbergbaus auf die Kriegswirtschaft gelang, wenn auch mit einigen Problemen. Kohle war für die Kriegführung, insbesondere für die Marine ein kriegswichtiger Rohstoff. Die Einberufung von Belegschaftsmitgliedern zum Militär wurde durch eine Ausweitung von Arbeitszeit, Über- und Sonderschichten sowie der Einbeziehung von Frauen, Jugendlichen, Zivil- und Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen ausgeglichen.

Am 31. August 1916 stellte Generalfeldmarschall Paul v. Hindenburg drastische Forderungen zur Bereitstellung von Ressourcen für das Militär sowie zur Erhöhung der Rüstungsproduktion. Er richtete diese Forderung mit einem Schreiben an den preußischen Kriegsminister. Im Einzelnen fordert er die Erhöhung der Fertigung von Geschützen um das Dreifache, die Verdoppelung der Minenwerferproduktion, die Verdreifachung der Produktion von Maschinengewehren. Auch Munition, die Herstellung von Flugzeugen und Bereitstellung von Handwerkszeug und Baustoffen für den Stellungsbau wurden angemahnt.

Geschichte



Oktober 1916, Opfertag in Bochum

Diesen Forderungen entsprach die politische Führung nicht nur mit dem „Hilfsdienstgesetz“ sondern auch mit dem „Hindenburg-Programm“. Damit setzte die militärische und politische Führung auf eine drastische Erhöhung der Rüstungsproduktion und Ausnutzung sämtlicher wirtschaftlicher Ressourcen für den Krieg. Was jetzt erfolgte, war die wirtschaftliche Mobilmachung für den ‘totalen Krieg’“.

Während sich im Lande Hunger und Elend ausbreiteten, blühte die auf Krieg umgestellte Wirtschaft. „Die Dividenden stiegen, die Soldaten fielen“, so drückte es der Historiker Wolfgang Ruge 1978 in einem Beitrag zur Deutschen Geschichte aus.

Gewinne und Dividenden von schwerindustriellen Konzernen des Ruhrgebietes:

	1914 / 1915		1915 / 1916		1916 / 1917	
	Reingewinne (in Mill. Mark)	Dividende (in Prozent)	Reingewinne (in Mill. Mark)	Dividende (in Prozent)	Reingewinne (in Mill. Mark)	Dividende (in Prozent)
Bochumer Verein Gussstahl und Bergbau	7,4	14	15,3	25	15,5	25
Dtsch.-Luxemburg Bergbau und Hütten AG	0,5	0	10,0	7	15,4	10
Hoesch AG	1,0	12	8,8	20	17,5	24
Mannesmann	8,1	10	16,9	15	24,7	18
Rhein. Stahlwerke	2,8	6	5,0	10	8,1	12,5
Consolidation Bergwerks AG	4,2	18	4,9	22	4,8	22
Harpener Bergbau AG	7,7	6	13,4	12	13,0	12

III. Zwangsarbeit und Kriegsgefangene in Bochum und Wattenscheid

Mit Kriegsbeginn war die Wirtschaft bestrebt, die Verluste von Belegschaftsmitgliedern, die durch die Einberufungen zum Militär entstanden waren, durch den Einsatz von angeworbenen Zivilarbeitern aus anderen Ländern, zwangsweise rekrui-

tierten ausländischen Arbeitern, dem Einsatz von Kriegsgefangenen, Frauen und Kindern bzw. Jugendlichen auszugleichen. In der kriegswichtigen Industrie und den Rüstungsbetrieben gelang dies auch in etwa. Im Jahr 1916 setzte sich z. B. die Belegschaft der Harpen-Zechen so zusammen: 24.653

Beschäftigte insgesamt, davon sind 1.347 Frauen und 3.140 Kriegsgefangene. Beim Bochumer Verein waren es 3.000 Frauen und 1.500 Kriegsgefangene, sodass man die Gesamtbelegschaft von 16.015 im Jahr 1914 auf 17.643 im Jahr 1918 steigern konnte.

Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter

Die „langfristige günstige Konjunktur“ der Schwerindustrie zum Ende des Jahrhunderts hatte bereits die Anwerbung ausländischer Arbeiter für Schwerindustrie und Landwirtschaft deutlich steigen lassen. Parallel hierzu war die Auswanderungswelle aus Deutschland abgeebbt. Von den zu Kriegsbeginn rund 1,2 Mio. ausländischen Arbeitern sollten möglichst viele von der „Fremdarbeit“ in die „Zwangsarbeit“ überführt werden. Zuständig waren seit der Kriegserklärung und Mobilmachung nicht mehr die Zivilbehörden, sondern die Militärbefehlshaber. Wehrpflichtige aus der Donau-Monarchie konnten ausreisen, ebenso Ausländer aus neutralen Staaten. Aus den Zechen des Ruhrgebietes kehrten die Österreicher und Ungarn zum Frontdienst in ihre Heimat zurück. Stattdessen wurden vor allem Arbeiter aus Polen, Russland und Galizien zwangsweise zur Arbeit verpflichtet. Auch jüdische Arbeiter aus Russland wurden jetzt vom Arbeitsverbot ausgenommen. Konkrete Zahlen zur Zwangsarbeit im Bochumer Raum gibt es nur wenige. Auf der Wattenscheider Zeche Holland wurde eine größere Anzahl von „angeworbenen Arbeitern aus Belgien und Polen“ eingesetzt, heißt es in einer lokalen Schrift. Und in einer Werkschronik steht, dass in den Betrieben und Zechen des Bochumer Vereins während des Krieges „mehrere Hundert

belgische Zivilarbeiter“ beschäftigt worden sind.

Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen

In den Jahren 1915–1918 wurden tausende Kriegsgefangene aus den großen Sammellagern (den „Stamm-lagern“) Friedrichsfeld bei Wesel und Münster nach Bochum transportiert. Sie mussten in Zechen, in der Stahlindustrie und in der Landwirtschaft Schwerstarbeit leisten und damit einen Beitrag zur weiteren deutschen Kriegsführung leisten, was nach der Haager Landkriegsordnung (Artikel 6) verboten war. Da die Unterbringung und Verpflegung in der Regel schlecht und die Arbeitsbelastung hoch waren, gab es unter den Kriegsgefangenen auch viele Tote.

Gegen Kriegsende waren nach Angaben des VII. Armeekorps in Münster 284.000 Kriegsgefangene den Lagern im Kommandobereich zugeordnet. Hiervon sollen über 75 % zu Arbeitseinsätzen überstellt worden sein.

Kriegsgefangenenlager im Bereich des VII. Armeekorps (Münster):

- Friedrichsfeld (Wesel) 79.161
- Münster II 47.911
- Minden 25.240
- Münster I 20.947
- Münster III 20.240
- Dülmen 9.0734
- Holthausen, Ks. Büren 2.839

Die ersten Kriegsgefangenen wurden im Frühjahr 1915 im Ruhrbergbau eingesetzt. 1916 sollen es 56.000 gewesen sein. Viele der im Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat zusammengeschlossenen Zechen errichteten Unterkünfte in Baracken oder freien Gebäuden. Bei vielen der Kriegsgefangenen handelt es sich um Russen, zum Teil aus Bergleuten der dortigen Kohlegruben. In den Schachtanlagen der Harpener Bergbau AG in Herne, Dortmund und den Bochumer Zechen Arnold, Jacob, Caroline, Amalia, Neu-Iserlohn, Vollmond und Siebenplaneten waren 3.140 Kriegsgefangene beschäftigt. Die Lager durften die Kriegsgefangenen nur zur Arbeit und zu festgesetzten Zeiten verlassen. Das Thema Kriegsgefangene während des 1. Weltkrieges ist ein weitgehend unerforschtes Thema. Bekannt ist, dass z. B. auch auf der Zeche Mansfeld in Langendreer rus-

Geschichte

sische Kriegsgefangene eingesetzt waren. Einer von ihnen war der in Biala Podlaska 1880 geborene russische Jude Simon Herschberg. Ihm ist ein Stolperstein in Bochum gewidmet. Er wurde 1938 deportiert.

Auch zum Einsatz von Kriegsgefangenen in den großen Wattenscheider Zechen Fröhliche Morgensonne, Centrum, Holland gibt es nur spärliche Informationen. In einem Aufsatz zur Zeche Centrum heißt es lediglich: „später arbeiteten Kriegsgefangene an Stelle der zum Kriegsdienst eingezogenen Bergleute“. Bekannt ist aber, dass auf der Zeche Holland im Jahr 1917 über 450 Kriegsgefangene arbeiteten. Dass der Umfang des Arbeitseinsatzes von Kriegsgefangenen in Wattenscheid insgesamt beträchtlich gewesen und die Arbeits- und Lebensbedingungen schlecht waren, zeigen die 68 Gräber von umgekommenen Kriegsgefangenen in Wattenscheid.

Beim Bochumer Verein werden „bis 1.500 Kriegsgefangene und Zivilarbeiter“ angegeben. Auch in der Bochumer Landwirtschaft wurde ein größerer Teil von Kriegsgefangenen eingesetzt, deren Anzahl allerdings unbekannt ist.

Qualitative Aussagen über Todeszahlen und Todesursachen sind „nur sehr bedingt möglich“, da diese Zahlen im „direkten Zusammenhang mit der hoch politischen Auseinandersetzung um Verletzung des Gefangenrechts“ standen. In (fragwürdigen) offiziellen Statistiken werden 118.159 „Todesfälle“ von Kriegsgefangenen in Deutschland angegeben. Die Statistik enthält z. B. keine Arbeitsunfälle. Aus dem Zahlenmaterial geht hervor, dass die Todesrate unter Russen, Serben und Rumänen an höchsten war.



Kriegsgefangenengräber in Wattenscheid

Drei Grabanlagen auf dem Kommunalfriedhof Höntrop und dem kath. Friedhof in Wattenscheid mit Gräbern von 66 Russen und 2 Serben dokumentieren noch heute die damaligen Ereignisse.

IV. „Nieder mit dem Krieg“: Hunger und Streiks im Ruhrgebiet

Vor allem Vertreter des linken Flügels der SPD, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin traten mit Reden und Texten gegen den Krieg hervor. Die von Liebknecht angeführte Antikriegsdemonstration am 1. Mai 1915 in Berlin erregte international großes Aufsehen. Sein Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ wurde in ganz Deutschland verbreitet. Zuvor hatte er im Dezember 2014 als einziger Reichstagsabgeordneter gegen die Bewilligung von Kriegskrediten gestimmt und sich gegen die „Burgfriedenspolitik“ des Kaisers (Wilhelm II: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“) gewandt. Die beabsichtigte Schwächung der Opposition durch die Verhaftung und Verurteilung von Liebknecht und zahlreichen weiteren Kriegsgegnern schlug fehl, stattdessen bekam der Widerstand gegen den Krieg und das Kaiserreich weiteren Aufschwung. Sie bildeten zunehmend einen wichtigen Gegenpol zu den „vaterländischen Kundgebungen“ und dem patriotischen Gehabe monarchistisch-bürgerlicher Kreise.

Auch im Ruhrgebiet kam es zu vielfältigen Antikriegsaktionen. Im August 1916 demonstrierten in Essen über 2.000 Menschen, erklärten ihre Solidarität mit dem „Zuchthäusler Karl Liebknecht“, sangen Arbeiterlieder und riefen Parolen wie „Nieder mit dem

Krieg!“. Aus Bochum und den umliegenden Gemeinden des Landkreises waren große Teile der Belegschaften der Zechen Siebenplanten, Neu-Iserlohn I, Bruchstraße und Vollmond in Langendreer und Werne sowie der Zechen Dannenbaum und Friederika in Laer und Wiemelhausen daran be-

teiligt. Überall forderten auch Frauen eine bessere Lebensmittelversorgung und lösten mehrfach „Straßenunruhen“ aus.

Spätestens im Sommer 1916 war deutlich geworden, dass die Eroberungsziele der von Deutschland dominierten Achse der Mittelmächte (Deutschland, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien) nicht zu erreichen sein werden. Das Scheitern vor Verdun (340.000 tote deutsche Soldaten), der englisch-französische Angriff an der Somme und der drohende Zusammenbruch von Österreich-Ungarn führten zur militärischen Krise. Statt die Realitäten anzuerkennen und Schritte zur Beendigung des Krieges einzuleiten, unternahm die politische und militärische Führung einen Umsturz in der Heeresführung, in dessen Gefolge dem „Offiziersgespann von Hindenburg und Ludendorff“ die Oberste Heeresleitung (OKL) übertragen wurde, die alles Krisengerede durch Propaganda ersetzte. Den uneingeschränkten U-Boot-Krieg Deutschlands auf den Weltmeeren beantworteten am 6. April 1917 die USA mit einer Kriegserklärung und dem Kriegseintritt auf Seiten der Alliierten. Damit hatten „Deutschland und seine Verbündeten seit dem Frühjahr 1917 keine Aussicht mehr, den Krieg, der sich jetzt längst zum Weltkrieg ausgeweitet hatte, für sich zu entscheiden“.

Bochums Ehrenbürger

Neben Dortmund und Duisburg übertrug 1917 auch die Bochumer Stadtverordneten-Versammlung Paul von Hindenburg die Ehrenbürgerschaft, die bis heute nicht aberkannt wurde.

Im April 1917 breitete sich erneut eine große Massenstreikbewegung in Deutschland aus. Neben Berlin wurde „das Zentrum der Arbeitskämpfe“ immer offenkundiger das Industriegebiet im Westen Deutschlands. Stark beteiligt waren erneut auch die Bochumer und Wattenscheider Bergarbeiter und ihre Familien. Am 27. Februar 1917 legte zunächst ein Großteil der Belegschaft der Zeche Präsident mittags die Arbeit nieder. Dem Streik schlossen sich die Zechen Dannenbaum, Eulenberg und Bruchstraße an. In einem Anschlag am Aushang der Zeche Bruchstrasse stand: „Streik! Achtung! Nicht anfahren! Mehr Lohn und Fett“. Es wurde argumentiert: „Bei

Geschichte

den niedrigen Löhnen und wenigen Fettigkeiten sind wir nicht imstande weiter zu arbeiten. ... Wir und unsere Familien haben genug gehungert." Der Aufruf endet mit der Feststellung „Einigkeit und Geschlossenheit macht stark". An Streiks und Hungerdemonstration im Essener Bergbau nahmen 20.000 Bergarbeiter und Familienangehörige teil. Mitte April 1917 beteiligte sich die Zeche Dahlhauser Tiefbau an den Streiks. Hier trat erstmals ein „Roter Verband" als Konkurrenz zu dem Alten (Bergarbeiter-) Verband in Erscheinung und forderte 15 Mark Lohn pro Schicht und bessere Ernährung, „bei den Steckrüben können wir nicht arbeiten".

War die Protestbewegung bis 1917 Ausdruck der sozialen Unzufriedenheit und vielfach „in ihrer politischen Zielsetzung noch begrenzt", entwickelte sich im Januar 1918 eine Streikbewegung, an der sich über eine Million Arbeiterinnen und Arbeiter in ganz Deutschland beteiligten, die zum Ausdruck der Opposition gegen den Krieg und die bestehenden Verhältnisse wurde. In großem Umfang richteten die Januarstreiks sich jetzt auch ganz offen auf ein Ende des Krieges. Die „Kriegshetzer" und „Kriegsverlängerer wurden gebrandmarkt", wie der Historiker der Schwerindustrie, Hans Spethmann, schrieb. Der Widerspruch zwischen Kriegspropaganda und den Berichten von Frontsoldaten oder den Verletzten oder Verstümmelten aus den Lazaretten, die in Schulen und Saalbauten eingerichtet waren, wurde immer offensichtlicher. Aus den Kriegsgebieten, vor allem im Osten, waren viele Flüchtlinge in den Städten notdürftig untergebracht. Auch die städtischen und betrieblichen Schutzmaßnahmen gegen Fliegerangriffe trugen zur Verunsicherung bei. Die Zusammenarbeit mit Kriegsgefangenen aus Frankreich, Belgien, Russland und anderen Ländern zerstörte vielfach das Feindbild in großen Teilen der Belegschaften der Schachtanlagen und Betrieben.

An den Januarstreiks 1918 beteiligten sich aus dem Bochumer Raum vor allem Bergarbeiter der Zechen Lothringen 1/2 und 4, Bruchstraße, Constantin 8/9 und Präsident, aus Wattenscheid die Schachtanlage Centrum 4/6. Die Streiks trugen „in aller Offenheit ein ausgesprochen poli-

tisches Gesicht" und waren durch eine „Flugblattoffensive" meist in den Waschkauen eingeleitet worden. In den Flugblättern wurden jetzt auch Verbindungen zu den Kameraden gezogen, die zum Kriegsdienst eingezogen waren. So heißt es in einem der Flugblätter, das zum „Generalstreik für Frieden, Freiheit und Brot" aufrief: „Auch unsere Brüder im Schützengraben draußen wollen nicht mehr länger Blut und Leben lassen für wahnsinnige Eroberungsziele. Sie rufen uns zu, erlöst uns aus diesen Martergruben, die man Schützengraben nennt."

terräten in den Betrieben eigene Organisationsstrukturen und -formen geschaffen. Der Einfluss dieser von großen Teilen der Belegschaften getragenen Arbeitervertreter auf die Politik wuchs stetig, während die Gewerkschaften und die SPD ihren Einfluss einbüßten. Ausdruck dessen war auf der politischen Bühne die Gründung der Spartakusgruppe um Liebknecht, Luxemburg und Zetkin und der USPD.

Der Krieg dauerte bereits dreieinhalb Jahre, eine Ende und ein Friedensschluss war nicht in Sicht. Die Lebensbedingungen verschlechterten sich immer mehr. So förderte die rus-

Was Hindenburg über das Streiken denkt!

Jede noch so unbedeutende Arbeitseinstellung bedeutet eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft und stellt sich mir dar als eine unsühnbare Schuld am Heere und besonders an dem Mann in Schützengraben, der dafür bluten mußte."

Aus einem Briefe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an den Chef des Kriegsamts Generalleutnant Gröner im April 1917.

Plakatanschlag zu den Streiks

Die von der Regierung verfügte Herabsetzung der Brotationen am 16. Juni 1918 verstärkte den Hunger, die Not und das Elend ein weiteres Mal. Die Folge waren die Auguststreiks im ganzen Land. Allein im Ruhrgebiet nahmen erneut insgesamt über 60.000 Bergarbeiter aus 24 Schachtanlagen daran teil. Unter ihnen waren die Zechen Centrum 3/4 in Wattenscheid und Dahlhauser Tiefbau. Neben der Forderung nach „Brot, Friede und Freiheit" riefen die Streikenden auch zur „Solidarität mit den Gemaßregelten" auf. In Berlin streikten 55.000 Metallarbeiter. „Nicht die schlechte Ernährungslage, nicht die schlechten Arbeitsbedingungen standen im Mittelpunkt des ersten Massenstreiks, sondern die Parole 'Freiheit für Liebknecht! Nieder mit dem Krieg!'", schreibt Arno Klönne in seinem Buch zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

Ohne die traditionellen Organisationen der Gewerkschaften, der SPD und dem Zentrum wurden mit den revolutionären Obleuten und Arbei-

sische Oktoberrevolution die Massenstreiks in Österreich und anderen Ländern und die sich ausbreitende Unruhe und Rebellion von Soldaten und Matrosen im Militär die Bereitschaft von Arbeiterinnen und Arbeitern und zunehmend auch von Soldaten für einen sofortigen Friedensschluss und den Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse einzutreten. Mit brutaler Polizeigewalt, der Verhängung von Belagerungszuständen und Verhaftungen konnten die monarchistische Obrigkeit und das Militär die Dinge aber nur noch verzögern. Ende 1918 brachten die Massen mit der Novemberrevolution das politische und militärische Gefüge zum Einsturz. Der Kaiser musste abdanken, das Militär zur Kapitulation gezwungen. Aus der deutschen Monarchie wurde eine Republik.

Günter Gleising

(Stark gekürzter Aufsatz. Der komplette und mit allen Quellenangaben und Dokumenten versehene Text ist ab Mitte September erhältlich im RuhrEcho Verlag. Weitere Infos unter www.ruhrrecho.de)

Zur Geschichte des Antikriegstages in Deutschland

Jedes Jahr am 1. September wird in Deutschland der Antikriegstag begangen, ein Gedenktag, der an den Beginn des Zweiten Weltkrieges mit dem Überfall der faschistischen Wehrmacht auf Polen am 1.9.1939 erinnern soll.

Die Initiative hierzu ging vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) aus, der zum 1.9.1957 unter dem Motto: „Nie wieder Krieg“ zu Aktionen aufrief. Aber auch die Antimilitaristische Aktion, ein Bündnis der sozialistischen Jugend – Die Falken, der Naturfreundejugend und die Gruppe der Kriegsdienstverweigerer. Das war die Reaktion auf die im Juli 1956 wieder eingeführte Wehrpflicht und die Integration der Bundeswehr in die NATO.

... aber mal der Reihe nach,

denn die Geschichte des Antikriegstages (auch Friedenstag oder Weltfriedenstag) lässt sich bis in das Jahr 1845 zurückführen – also 169 Jahre. Diese Bestrebungen gingen von pazifistisch gesonnenen kirchlichen Kreisen in Großbritannien aus.

Diese dauerten aber bis in die 80er Jahre des 19. Jahrhunderts bevor es gelang, den letzten Sonntag vor Weihnachten zu einem Friedenssonntag zu machen. Dies motivierte dann ab ca. 1900 – angesichts der ansteigenden Kriegsgefahr – Freie Evangelische Gemeinden, einen Friedens- oder Antikriegstag zu initiieren. Von Seiten der Evangelischen oder Katholischen Kirche waren zu dieser Zeit keine Aussagen zu dem Thema zu hören.

Ein weiterer Ansatz auf dem Weg zum Antikriegstag ging ebenso von Großbritannien aus. Im Atelier des Malers Felix Moscheles, einem pazifistischen Künstler, trafen sich am 22.2.1896 neben anderen Künstlern auch Bernhard Shaw und einige Minister. Die Kundgebung, die dort stattfand, hatte das Ziel, Möglichkeiten der Kriegsverhinderung durch rechtzeitige Klärung von Streitfragen (also quasi einer frühen Form der Mediation) zu eruieren.

Diese Veranstaltung erregte die Aufmerksamkeit vieler pazifistischer Organisationen aller Länder, die am 22.2.1906 in ca. 600 Städten Friedensdemonstrationen abhielten.

Am 18.5.1898 wurde die 1. Haag-er Friedenskonferenz mit staatlichen Vertretern aus 26 Nationen eröffnet. Dieser 18. Mai wurde nachfolgend regelmäßig bis zum Jahr 1914 als Friedenstag begangen und tauchte sogar nach dem 1. Weltkrieg bis 1932 wieder auf. Während des Krieges –

und danach – wurde der Antikriegstag lediglich durch die Niederlande und die USA weitergeführt, allerdings auch nur bis ins Jahr 1932, dem Jahr vor der Machtübertragung an Hitler.



... nach der Novemberrevolution: NIE WIEDER KRIEG

Der am 2.10.1919 gegründete „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“ legte fest, jährlich ab dem 1.8.1920 zur Erinnerung an den Kriegsbeginn und zur Bekundung des Friedenswillens des deutschen Volkes zu Großkundgebungen aufzurufen.

Dies geschah durch die Bildung einer pazifistischen Nie-wieder-Krieg-Bewegung, der auch Teile der SPD, USPD, des ADGB und der KPD angehörten. Allerdings zerbröckelte dieses Bündnis schon 1922. Danach verbot die SPD ihren Mitgliedern die Teilnahme. Eine gemeinsame Linie wurde nicht mehr gefunden und Parteien und Gewerkschaften führten ihre eigenen, getrennten Veranstaltungen durch.

... 1924

Im Jahr 1924 feierten dann die Reichsregierung mit Reichswehr und militaristischen Gruppen den ersten „Volks-trauertag“, während der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) zu einem internationalen Antikriegstag am 3. Septemberwochenende aufrief.

Anlässlich einer europäischen Friedenswoche fand in Paris am 6.8.1924 eine Kriegsgedenkfeier internationaler Pazifisten statt.

... die Zeit nach dem 2. Weltkrieg

Seit dem Beginn der 1950er Jahre wurde in der Deutschen Demokratischen Republik am 1. September der „Tag des Friedens“ (auch als Welt-

friedenstag bezeichnet) begangen. Seit 1957 auch in der Bundesrepublik Deutschland (s.o.).

Nach der Remilitarisierung war es in der Bundesrepublik Deutschland kaum noch möglich, sich friedenspolitisch ohne Repressionen und politische Verleumdungen zu betätigen. Außerdem stand der 1.9. seit 1961 vermehrt im Schatten des Ostermarsches.

Es gründete sich ein „Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFABZ). Diese Initiative ging aus Aktivisten aus dem Umfeld der DKP hervor und führte in den 1970er Jahren im Mai eine Aktionswoche durch. SPD und DGB reagierten mit Abgrenzungsbeschlüssen und erst nachdem sich die DGB-Jugend im Jahre 1977 für einen Antikriegstag und die KOFABZ-Initiative aussprach, führte auch der DGB-Bundesverband unter dem Motto „Nie wieder Krieg! Abrüstung – Gewinn für uns!“ bundesweit 1979 den Antikriegstag durch.

Obwohl es in den Folgejahren auch zu Annäherungen zwischen der Friedensbewegung und dem DGB kam, gab es immer wieder Konflikte innerhalb des DGB – besonders zwischen DGB-Jugend und der Gesamtorganisation.

1983 stand der Antikriegstag ganz im Zeichen der Diskussion um den sog. Doppelbeschluss NATO, tatsächlich ein Aufrüstungsbeschluss, neuartige Atomraketen in Europa, besonders der Bundesrepublik in Stellung zu bringen. Mitte der 1980er Jahre wurde es durch die zunehmende Entspannung zwischen Ost und West immer schwieriger, für den Antikriegstag zu mobilisieren.

... heute

Erst die Erkenntnis, dass durch die Ostverträge die Welt nicht sicherer geworden war, führte zu einem Umdenken. In den letzten ca. 15 Jahren ist es vermehrt zu kriegerischen Auseinandersetzungen unter europäischer und vor allem auch deutscher Beteiligung gekommen.

An die Stelle des Mottos: „NIE WIEDER KRIEG!“ sollte heute jedoch, da aktueller und ehrlicher, das Motto: „STOPPT DIE KRIEGE!“ treten.

Michael Niggemann

Fortsetzung von Seite 1

Wahlerfolge der Rechtsparteien: VVN - BdA ruft zur Gegenwehr auf

In Bochum haben NPD, pro NRW und AfD insgesamt 10 Mandate im Rat und in Bezirksvertretungen erreichen können.

In einer Erklärung schreibt die Bochumer Organisation der VVN - BdA: Wir sind entsetzt über den Anstieg an Stimmen und Mandaten für die Parteien der extremen Rechten. Dass NPD und Pro NRW zur extremen Rechten zu zählen sind, scheint allgemein klar, weil sie seit vielen Jahren eine rassistisch begründete Fremdenfeindlichkeit verkünden und wie die NPD nicht nur zu Gewalttaten dadurch aufruft, sondern sie auch direkt begehen.

Der blitzschnelle Aufstieg der AfD innerhalb eines Jahres weist auf zahlreiche Geldgeber_innen aus der Industrie, den Medien und vor allem aus Teilen einer Professorenschaft, die den Neoliberalismus als neue Ersatzreligion predigen, hin.

Die VVN - BdA wird die extrem rechten Bewegungen in Bochum weiterhin aufmerksam beobachten. Alle demokratischen Parteien, die Gewerkschaften und Bürgerinnen und Bürger der Stadt sind aufgerufen,



Gleiche Parolen

Zahlreiche Analysen der AfD zeigen, dass zumindest große Teile der AfD auch nationalistisch, rassistisch und einwanderungsfeindlich sind. Die Feindbilder kommen teilweise subtil kulturell-religiös verpackt daher. Außerdem ist von zahlreichen Funktionären der AfD immer wieder zu hören, wie schlimm Schwule, Fremde und Sozial-schmarotzer (Hartz-4-Bezieher) sind. Es tauchen Forderungen nach Abschaffung der demokratischen Grundrechte für bestimmte Personengruppen auf, wenn gefragt wird: Warum sollen Arbeitslose eigentlich wählen dürfen, wenn sie doch nichts zum Bruttosozialprodukt beitragen, sondern nur ordentlichen Menschen auf der Tasche liegen? Die Grenzen zwischen einem Rechtskonservatismus, reaktionären Einstellungen und faschistoiden oder faschistischen Mentalitäten sind fließend. Die VVN - BdA erinnert daran, dass ein Spitzenkandidat der AfD in Bochum einen Antifaschisten schon mit der Waffe bedroht hat.

sich den Rechten in den Weg zu stellen. Bochum darf nicht zum Tummelplatz für Neonazis, Rechtsextreme und Rechtspopulisten werden, weder in den Rat- und den Amtshäusern noch auf den Straßen und Plätzen. Entschiedene demokratische Gegenwehr ist jetzt notwendig!

Neofaschismus

Entschädigungsfonds: Rechte Gewalt

Von den zwischen 2009 und Ende 2013 gestellten 744 Anträgen bezogen sich 680 auf rechtsextreme Übergriffe, 487 wurden bewilligt.

Das geht aus einer kürzlich veröffentlichten Regierungsantwort auf eine Anfrage hervor. Der Fonds wurde im Jahr 2001 eingeführt und mit Haushaltsmitteln ausgestattet. Gründungszweck war es, Opfer rechter Gewalt zu entschädigen.

Verlegung im Januar 2015: Stolperstein für Heini Schmitz

„Hier wohnte Heini Schmitz, Jahrgang 1910, im Widerstand/SPD, Ende April 1933 von Nazis ermordet“. So soll der Text auf dem Stolperstein lauten, der von der VVN - BdA gestiftet und im Januar 2015 von Gunter Demnig verlegt werden soll.

Schmitz war Mitglied des SPD-Schutzverbandes Reichsbanner und wohnte auf der Hermannhöhe in unmittelbarer Nähe zum Gebäude der SPD-Zeitung Volksblatt. Schon kurz nachdem die Nazis die Macht in Bochum an sich gerissen hatten, war er deren Verfolgung ausgesetzt.



Die Belegschaft der SPD-Zeitung Volksblatt um 1930

Im Keller des besetzten Druckereigebäudes richtete die SA einen Folterkeller ein, in dem Angehörige der Arbeiterorganisationen schwer gefoltert wurden. Nach Misshandlungen an Heini Schmitz steckten ihm die SA-Verbrecher Rattengift in den Mund. Im Alter von 23 Jahren starb Heini Schmitz am 25. April 1933 an den inneren Verätzungen und wurde am 29. April zu Grabe getragen. Am Straßenrand versuchten SA- und Stahlhelm-Uniformierte den Trauerzug mit Zurufen und Gesten zu verhöhnern. Heini Schmitz darf nicht in Vergessenheit geraten, deshalb stiftet die VVN - BdA den Stolperstein und bemüht sich, seinen Lebenslauf zu rekonstruieren.

Ernst Thälmann:

Ermordung vor 70 Jahren im Konzentrationslager Buchenwald

„Thälmann ist zu exekutieren“, notierte sich der SS-Reichsführer Himmler am 14. August 1944 während einer Audienz mit Adolf Hitler in der Wolfsschanze. Drei Tage später wurde Thälmann von Gestapo-Beamten aus dem Bautzener Gefängnis in das KZ Buchenwald gebracht, am 18. August 1944 dort erschossen und im Krematorium verbrannt.

Ernst Thälmann, am 16. April 1886 in Altona geboren, zog aus dem Krieg an der Front in Frankreich im Oktober 1918 persönliche und politische Konsequenzen. Er desertierte, schloss sich der USPD an und wurde 1919 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. 1920 trat Thälmann für die Verschmelzung der USPD mit der KPD ein. Er wurde wenig später hauptamtlich für die KPD tätig und 1925 deren Vorsitzender. 1925 und 1932 war Thälmann Kandidat bei den Reichspräsidentenwahlen. 1925 sprach er auch, wie der Bochumer Anzeiger berichtet, auf einer „stark besuchten“ unter „stürmischem Beifall“ beendeten Kundgebung im Bochumer Schützenhof. Im Präsidentschaftswahlkampf 1932 trat Thälmann den SPD-Reden und Plakattexten „Schlagt Hitler, Wählt Hindenburg!“ mit der Parole entgegen „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler“.



Thälmann-Straße in Dortmund

Als Hitler am 30. Januar 1933 Reichskanzler wurde und die Nazibewegung und willfährige Partner die Macht aus Hindenburgs Händen übertragen bekamen, schlug Thälmann der SPD vor, gemeinsam zum Generalstreik aufzurufen. Dass die Geschichte anders verlaufen ist, war die größte Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung, die nicht zu einem gemeinsamen antifaschistischen Kampf zusammenfand.

„Offene faschistische Diktatur“

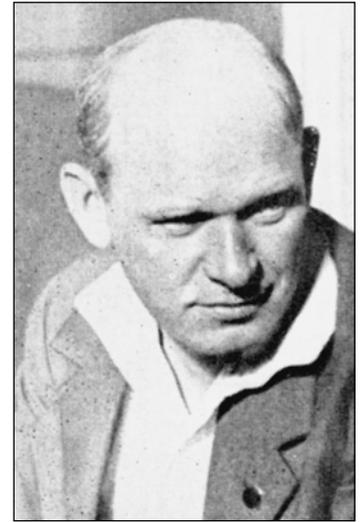
Die Aggressivität und das Wesen des deutschen Faschismus, wie er sich 1933 zeigte, erkannte Ernst

Thälmann mit größerer Klarheit als viele andere. Auf der letzten, schon unter illegalen Bedingungen stattfindenden Konferenz der KPD am 7. Februar 1933 im Sporthaus Ziegenhals im Kreis Königs Wusterhausen formulierte er: „Das Kabinett Hitler-Hugenberg-Papen ist die offene faschistische Diktatur. Was die Zusammensetzung der Regierung anbetrifft, so kann es in Deutschland eine weitere Steigerung in die Richtung des offenen Faschismus kaum mehr geben. Wohl aber gibt es in den Methoden dieser offenen faschistischen Diktatur noch eine ganze Reihe von Steigerungsmöglichkeiten.“ Thälmanns Hoffnung, durch eine „Kette von Massenaktionen und Massenkämpfen“ die faschistische Diktatur besiegen zu können, erfüllte sich nicht.

Knapp einen Monat später gelangt den Nazis die Verhaftung Thälmanns, eine Anklage zum „Hochverrat“ soll vorbereitet werden. Thälmann wird in Berlin, 1937 in Hannover inhaftiert und mehrfach misshandelt. Am 19. Januar 1934 inspizierte der Nazi-Minister und Verantwortliche für den Bau der Konzentrationslager Hermann Göring das Hauptquartier der Gestapo und begab sich in die Zelle von Thälmann. Die Begegnung verlief für Göring völlig unbefriedigend. Thälmann protestierte gegen die unrechtmäßige Haft, gab aber keine Informationen und Personendaten weiter. Er blieb der „wichtigste Gefangene des faschistischen Staates“.

Die großen internationalen Solidaritätsaktionen trugen dazu bei, dass der geplante Thälmann-Prozess nie stattfand. Stattdessen behielten die Nazis ihn weiter im Gefängnis und überstellten ihn 1943 in die Haftanstalt Bautzen. Seine Frau Rosa, die jahrelang Kontakt zu ihm halten konnte und die Tochter Irma wurden in das KZ Ravensbrück gebracht.

Selbst über den Tod Thälmanns verbreiteten die Nazis eine Lüge,



Ernst Thälmann

indem über den Völkischen Beobachter die Meldung verbreitet wurde, Thälmann sei „durch Terrorbomben“ in der „Umgebung von Weimar“ ums Leben gekommen. Auf dem Totenschein notierte man „Feindeinwirkung“.

Der Prozess 1985

Obwohl die direkten Thälmann-Mörder bekannt waren und in der BRD lebten, wurde der Mord nie juristisch gesühnt. 1962 stellte der Ost-Berliner Anwalt Karl Friedrich Kaul namens der Witwe Rosa Thälmann vor dem Landgericht Köln Strafanzeige – erfolglos. Siebenmal haben die Staatsanwälte die Ermittlungen eingestellt, schreibt der Spiegel 1986. Erst ein Klageerzwingungsantrag von Thälmanns Tochter Irma und dem Bremer Rechtsanwalt Heinrich Hannover führte 1985 zu einem Verfahren. Am 15. Mai 1986 verurteilte das Landgericht Krefeld Wolfgang Otto, 1944 SS-Stabsscharführer in Buchenwald, zu vier Jahren Haft wegen Beihilfe zum Mord. Der Revision des Urteils wurde wenig später vom Bundesgerichtshof stattgegeben. 1988 erfolgte vom Landgericht Düsseldorf der Freispruch.

In zahlreichen Städten gibt es Denkmäler, Gedenktafeln und Einrichtungen, die Ernst Thälmann gewidmet sind. In Hamburg ist in Thälmanns ehemaligem Wohnhaus eine Thälmann-Gedenkstätte eingerichtet, in Berlin gibt es ein monumentales Thälmann-Denkmal und in zahlreichen Städten, vorwiegend im Osten Deutschlands, aber auch z. B. in Dortmund, erinnern Straßennamen an Thälmann.

(sing)

Bericht vom Stadtrundgang:

„Faschismus und Krieg in Langendreer“

Herr Dominik, seit Jahrzehnten Mitglied der ältesten und größten antifaschistischen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, klärte die Klasse 9 B von der Albert-Schweitzer-Schule in Bochum in einem Rundgang durch Bochum-Langendreer, in diesem Stadtteil liegt unsere Schule, über die Zeit des Faschismus auf.

Am Anfang des Rundganges war unsere erste Station das heutige „buntStift“ auf der Stiftstraße, welches damals von Wilhelm dem Ersten gestiftet wurde und heute ein Mehrgenerationenhaus ist. Dieses Haus steht genau gegenüber unserer Schule. Nur ein Schüler aus unserer Klasse wusste, wie das Haus heute genutzt wird. Keiner konnte mit dem Steinmedaillon an der Wand des Hauses was anfangen. Das zeigt den 1. deutschen Kaiser. Als Kronprinz hat er 1848/49 demokratische Demonstrationen zusammenschießen lassen.

Als wir gemeinsam mit Herrn Dominik über den Friedhof von Langendreer gingen, klärte er uns über einzelne Grabsteine auf, die in mitten von Büschen und hohem Gras stehen, jedoch viel über die Zeit des Faschismus aussagen. Ganz selten werden Juden dort beerdigt. Deswegen zeigte er uns den Grabstein für einen jüdischen Toten aus Langendreer. Ganz selten gibt es noch Grabsteine für Gefallene. Auch so einer war zu sehen.

Zudem wurden wir auf dem Friedhof über die Massengräber für Bombenopfer aufgeklärt, welche nach Bombenangriffen durch die Alliierten schnell errichtet wurden, damit keine Seuchen ausbrachen. Wir haben bisher nicht gewusst, dass es in unserem Stadtteil so viele Bombenopfer gegeben hat. Die Grabsteine wurden erst nach dem Krieg aufgestellt. Über den Friedhof sind wir schon oft gegangen, aber aufgefallen ist uns bis jetzt nichts.

Auf dem Weg zum Ossietzky-Platz erzählte uns Herr Dominik, dass damals in der Straße „auf den Holln“ eine der größten Bombenfabriken stand, deswegen, so Herr Dominik weiter, wurden auch vermehrt Orte wie Bochum angegriffen, um solche Fabriken zu zerstören und damit den Feind, also Deutschland, zu schwächen. Der Platz wurde nach einem von den Faschisten gefolterten und vielleicht mit Tuberkulosebazillen geimpften und dann an Tuberkulose gestorbenen Schriftsteller benannt. Der hat den Friedensnobelpreis 1936

bekommen. Deswegen wurde er im Konzentrationslager besonders misshandelt. Die alten Gebäude sind das ehemalige Amtshaus Langendreer, das Gericht, hinter dem bis ungefähr 1970 ein Gefängnis war und die ehemalige Filiale der Reichsbank.

Außerdem gingen wir zum heutigen kopflosen Soldaten. Vielen von uns ist dieser kopflose Soldat schon vorher aufgefallen, jedoch wussten wir nie, was dieser für eine Bedeutung hat. Wir erfuhren, dass es ein Denkmal für die toten Soldaten des 1. Weltkriegs sei. Das Ehrenmal war den ungefähr 960 Soldaten der Gemeinde Langendreer gewidmet, die vorwiegend in Frankreich gefallen waren. Der Kopf wurde bereits zweimal gestohlen. Wer dies getan hat, weiß bis heute niemand. Man vermutet, dass der Kopf von Gruppen gestohlen wurde, die gegen die Verherrlichung von toten Soldaten sind.

Gegen Ende der Führung wurde uns erklärt, wie einige Namen der Straßen in Langendreer entstanden sind und bis heute beibehalten wurden. Auch heute kann man sich noch über die Bedeutungen der Straßennamen im Internet informieren.

An der heutigen Alten Bahnhofstr. 6 versammelten wir uns zuletzt, um zwei Stolpersteine, die an ein jüdisches Ehepaar, das in Auschwitz umgebracht wurde, erinnern sollen. Max und Meta Heimann hieß das jüdische Ehepaar. Max Heimann wurde 1885 geboren. Er war der Sohn des Kaufmanns Willi Heimann und dessen Ehefrau Laura. Das Paar hatte drei Söhne: neben Max noch die Söhne Ernst und Otto. Von 1919 bis 1925 arbeitete er als Geschäftsführer im Konfektionsgeschäft des Albert Simmenauer in Horst-Emscher. Ab 1933 wurde die ganze Familie terrorisiert und 1942 in



Stadtrundgang in Langendreer (Foto: Sylvia Schmid)

das Konzentrationslager geschafft, wo sie wahrscheinlich sofort vergast worden sind.

Zurzeit gibt es rund 179 Stolpersteine in Bochum, die an den Faschismus und seine Folgen erinnern sollen.

Fabian Effe & Medyar Cansevgili, Klasse 9B

Günter Gleising

**Langendreer und Werne
unterm Hakenkreuz**

Naziterror, Widerstand,
Verfolgung und Krieg
1933-1945



RuhrEcho Verlag

Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums Heft 11

*Schriftenreihe zur antifaschistischen
Geschichte Bochums, Heft 11*

**Langendreer und Werne
unterm Hakenkreuz
Naziterror, Widerstand,
Verfolgung und Krieg
1933-1945**

60 Seiten, zahlreiche Bilder und
Dokumente

ISBN: 978-3-931999-18-6, 7,80 Euro
bestellung@ruhrecho.de

Veranstaltungen, Aktionen und Termine

Zentrale Gedenkveranstaltung:

76. Jahrestag der Reichspogromnacht

Am Sonntag 09. November 2014, um 16.00 Uhr, Harmoniestraße / Ecke Dr.-Ruer-Platz. Grußworte von Dr. Ottilie Scholz Oberbürgermeisterin und Grigory Rabinovich, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde.

Schüler innen des 10. Jahrgangs der Willy-Brandt-Gesamtschule präsentieren szenisch die Ereignisse rund um die Fahrt der „St. Louis“ im Jahr 1939 am Beispiel des Schicksals der Hilde Pander. Musikalische Beiträge von Chorrosion, Chor der IG Metall Bochum. Kaddisch (Totengebete) Rabbiner Babev Jüdische Gemeinde, Moderation Artur Libischewski, Kinder- und Jugendring. Veranstalter Arbeitskreis 9. November (Kulturbüro; VHS; Stadtarchiv; VVN - BdA; Schulverwaltungsamt; Jugendamt; Kinder- und Jugendring Bochum e.V.; Verein Erinnern für die Zukunft e.V.; Evang.

Stadtakademie; Jüdische Gemeinde; Bochumer Kulturrat e.V.; Bochumer Bündnis gegen Rechts).

Vor der zentralen Gedenkveranstaltung finden Rundgänge zu Stolpersteinen statt und zwar um 14.00 Uhr mit Dr. Hubert Schneider (Verein Erinnern für die Zukunft e.V.), Treffpunkt Kunstmuseum Kortumstr. 147 und um 14.00 Uhr mit Wolfgang Dominik/Michael Niggemann (VVN - BdA Bochum) Treffpunkt an den Stelen Dr. Ruer-Platz.

Um 17.30 Uhr bietet die Jüdische Gemeinde Führungen durch die Synagoge an.

NSU-Prozess:

Ende nicht in Sicht

Im München sind derzeit Gerichtsferien. Das Ende des Münchner Prozesses um die Mord- und Anschlagserie der faschistischen Terrorgruppe NSU

ist auch nach 135 Verhandlungstagen nicht absehbar. In dem Prozess, der am 6. Mai 2013 begann, geht es um mind. 10 Morde und 2 Brandanschläge.

Veranstaltung I:

„Zwangssterilisation im Faschismus“

Ihre nächste Versammlung führt die VVN - BdA am Freitag, den 26. September um 19.30 Uhr in der Gaststätte Haus Lotz, Annastr. 25 (am

Springerplatz) durch. Das Thema lautet „Zwangssterilisation im Faschismus“, Referent ist Dr. Burkhard Wiebel.

Veranstaltung II:

100. Jahrestag des Beginns des 1. Weltkrieges

Eine weitere VVN-Versammlung findet am Freitag, den 24. Oktober, um 19.30 Uhr im Haus Lotz statt. Thema ist hier die „Aktuelle Diskussion zum 100. Jahrestag des Beginns des

1. Weltkrieges“ und ein Bericht von einer Belgienfahrt des Stadtarchivs Bochums und der VHS zu den Ereignissen und dem Gedenken an die Zeit von 1914–1918.

Stadtrundgänge der VHS

Die Stadtrundgänge sind Veranstaltungen der VHS. Die VHS verlangt eine Teilnahmegebühr von 5 Euro, erm. 3 Euro und bittet um Anmeldungen unter Tel.: 910-1555. Geleitet werden die Stadtrundgänge von Wolfgang Dominik.

1. Bochum im Faschismus

Sonntag, den 28.9.2014, 14.00 bis ca. 16.15 ab Glocke auf dem Rathausplatz

2. Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft in Bochum

Sonntag, den 26.10.2014, 14.00 bis

ca. 16.15 Uhr ab Gewerkschaftshaus Alleestr. 80

3. Jüdisches Leben in Bochum vor, während und nach dem Faschismus

Sonntag, den 16.11.2014, 14.00 bis ca. 16.15 Uhr ab Glocke auf dem Rathausplatz

Erinnern

Busrundfahrt:

„Langendreer und Werne im Faschismus“

Die VVN-BdA Bochum bietet am 8. November von 14.00-17.00 Uhr (Abfahrt Ossietzky-Platz in Langendreer) eine Busrundfahrt mit dem Thema: „Langendreer und Werne im Faschismus“ an.

Auf dieser Fahrt mit kurzen Stopps an verschiedenen Orten und an zwei Stolpersteinen soll erinnert werden an Veränderungen, die mit der Übergabe der politischen Macht an die faschistische Regierung auch in Langendreer/Werne begannen. Wer wurde verfolgt? Wer machte Karriere? Welche Geschäfte wurden arisiert? Wo befanden sich kriegswirtschaftlich wichtige Fabriken? Wie wirkte sich der Bombenkrieg aus? Wo finden sich Stolpersteine?

Kostenbeitrag: 8 Euro, erm. 4 Euro. Anmeldung unter: info@vvn-bda-bochum.de oder Tel. 354577).

Weitere Infos zum Thema:
www.vvn-bda-bochum.de

Neu im

RuhrEcho Verlag

Geschichte des Ruhrgebietes –
Literatur der Arbeiterbewegung
Geschichte der Arbeiterbewegung –
Literatur des Ruhrgebietes

„sei innigst umarmt und geküsst“



Klara Schabrod

Alltagskonstruktionen einer
Kommunistin in Briefen
zur Zeit des deutschen Faschismus

Mareen Heying



RuhrEcho Verlag

Mareen Heying:

„sei innigst umarmt und geküsst“

Klara Schabrod

Alltagskonstruktionen einer Kommunistin in Briefen zur Zeit des deutschen Faschismus

136 Seiten, zahlreiche Fotos und Briefe

ISBN 978-3-931999-20-9, 8,50 Euro

Weitere Infos unter: www.ruhrecho.de
Bestellungen: bestellung@ruhecho.de